

SCHWEIZER

FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Neues Wirtschaftspapier

Die Delegierten der FDP Schweiz verabschiedeten in Dübendorf ein neues Wirtschaftspapier. Der Handlungsbedarf ist gross, umso wichtiger sind liberale Prinzipien: Eigenverantwortung anstatt staatlicher Bevormundung, Anreize statt Verbote, Marktwirtschaft anstelle staatlicher Eingriffe und mehr Freihandel, dafür weniger Protektionismus. **Seite 4 und 5**

Kantonale Wahlen

Diesen Frühling finden gleich vier kantonale Wahlen statt. In Appenzell Ausserrhoden, Luzern, Genf und Tessin verfügt die FDP über eine starke Stellung. Die Kantonalpräsidentinnen und Kantonalpräsidenten haben unterschiedliche Rezepte, aber das gleiche Ziel: die Position der FDP halten und im besten Fall weiter ausbauen. **Seite 18 und 19**

Neues Departement für Karin Keller-Sutter

Seit Anfang Jahr ist Bundesrätin Karin Keller-Sutter nicht mehr Justizministerin, sondern Finanzministerin. Angesichts der angespannten Finanzlage steht die neue Departementsvorsteherin vor grossen Herausforderungen. Im Interview spricht Karin Keller-Sutter über ihren Start im EFD und weshalb gesunde Bundesfinanzen eine Notwendigkeit sind. **Seite 14**

**Für die
FDP Schweiz arbeiten**

Wir suchen Verstärkung!
QR-Code scannen und die
aktuellsten Job-Angebote
der FDP Schweiz entdecken.



Liberal seit 1848

Die FDP feiert 175 Jahre Bundesverfassung

Mit Mut, Zuversicht und Vorwärtsdrang legten die freisinnigen Staatsgründer vor 175 Jahren die Basis für unseren modernen Bundesstaat. Anlässlich des Jubiläums der Bundesverfassung ruft die FDP die beeindruckenden Verdienste der Staatsgründer in Erinnerung. Die Bundesverfassung von 1848, und damit das weltweit einzigartige Erfolgsmodell Schweiz, wurde von Freisinnigen geprägt. Die FDP trägt dieses Erbe bis heute weiter. Publizist Rolf Holenstein schreibt exklusiv für den «Freisinn» über die spannende Entstehung der Bundesverfassung.

Seite 6 und 7

Inhalt

- 3 Aus dem Archiv
- 4/5 Neues Wirtschaftspapier der FDP
- 6/7 Wir feiern 175 Jahre Bundesverfassung
- 8 FDP International war in Bratislava
- 9 RADIGAL zur Diskussion eines 3. Geschlechts
- 10 Starke Frauen für den Ständerat
- 11 Jungfreisinnige besuchen die NZZ
- 12/13 Erfolgreiche DV in Dübendorf
- 14 Karin Keller-Sutter über ihren Start im EFD
- 15 Rückblick auf die Wahlen in Zürich und Baselland
- 16 Die Service-Citoyen-Initiative kurz erklärt
- 17 Ausblick auf die Frühlingssession
- 18/19 In vier Kantonen wird gewählt
- 21 Ein Jahr Krieg in der Ukraine
- 22 Damian Meier ist neuer Regierungsrat in Schwyz
- 23 Kolumne



Wir machen die Schweiz stark!

Auf in den Wahlkampf

Liebe Freisinnige

Die Schweiz feiert dieses Jahr die Gründung des Bundesstaates vor 175 Jahren. Damit feiern wir auch unsere Bundesverfassung, die durch liberal-radikale Kräfte erschaffen wurde. Diese vereinigten sich später im Freisinn, in unserer Partei. Wir feiern heuer folglich auch den Liberalismus in der Schweiz! Es erfüllt mich mit Stolz, dass Freisinnige mit Weitsicht, Mut und Besonnenheit die Grundsteine für das Erfolgsmodell Schweiz legten. Es basiert auf jenen liberalen Werten, welche uns heute noch leiten: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt. Diesem liberalen Fundament sind wir, die FDP, nach wie vor verpflichtet.

Hemmungsloser Ruf nach dem Staat führt in die Sackgasse

Verantwortliche Politik heisst auch, die Marktwirtschaft zu schützen und zu stärken. Denn sie sorgt für einen funktionierenden Sozialstaat. Einsatz für die soziale Marktwirtschaft heisst das Entstehen für Rahmenbedingungen, die dem Grundsatz des Wettbewerbs für alle entsprechen. Anlässlich der Delegiertenversammlung in Dübendorf haben wir Vorschläge und Lösungen für eine gesunde, starke Wirtschaft und ein vorausschauendes und innovatives Unternehmertum verabschiedet. In jüngster Zeit steht und stand die Schweiz vor gravierenden Herausforderungen. Als Ultima Ratio wurden umfangreiche Staatshilfen gesprochen. Der immer stärker werdende Ruf nach dem Staat führt aber langfristig in eine Sackgasse! Aus Bedürftigkeit wird Anspruch, aus freiem Willen wird Bevormundung. Eine gesunde Wirtschaft braucht den nötigen Gestaltungsspielraum für Innovationen und Investitionen. Unternehmertum braucht Freiraum für sein Wirken zum Wohle aller Menschen in diesem Land.

FDP wählen und Erfolgsmodell Schweiz erhalten

Wir müssen unserem Erfolgsmodell Schweiz Sorge tragen. Links-Grün spaltet unsere Gesellschaft zunehmend, indem sie Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielt. Ihre Moralpolitik zwingt uns einen staatlich definierten Lebensstil auf und ihre ideologiegetriebene Verweigerungshaltung verhindert Kompromisse zur Lösung von anstehenden Problemen. So braucht es etwa zur Sicherung der Altersvorsorge die Kompromissbereitschaft aller! Auf der anderen Seite des politischen Spektrums will die SVP die Schweiz mit ihrer Abschottungspolitik isolieren. Sie verschliesst sich vor Realitäten, schimpft pauschal über die Migration und löst kein einziges Problem. Wir müssen Gegensteuer geben, denn die Schweizer Politik darf ihren starken liberalen Kompass nicht verlieren. Die FDP steht ein für ein freiheitliches, verteidigungsfähiges und offenes Land. Dazu gehören eine umfassende Sicherheitspolitik und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Auf in den Wahlkampf

Die Kantonswahlen des letzten Jahres wie auch jene von Baselland und Zürich haben es gezeigt: Die FDP ist im Aufwind. Die Zugewinne kommen aber nicht von selbst, sie müssen hart erkämpft werden. Lasst uns also gemeinsam anpacken und die Wahlen gewinnen. Nur mit mehr Freisinn können wir das Erfolgsmodell Schweiz in eine erfolgreiche Zukunft führen. Denn: Wir machen die Schweiz stark!

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Die freisinnige Basis meldete sich in zahlreichen Leserbriefen zu Wort.



Im März 1993 dominierte eine turbulente Bundesratswahl die Berichterstattung des «Freisinns». Der Wahl von SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss ging die Nichtwahl von Christiane Brunner und die abgelehnte Wahl durch Francis Matthey voraus. Die FDP als damals grösste Bundeshausfraktion war mittendrin und erklärte im «Freisinn» ihr Vorgehen.

Eine Bundesratswahl, die viel zu reden gibt und am Ende eine SP-Frau aus der Romandie gewählt wird? So geschehen nicht nur im Dezember 2022, sondern auch vor 30 Jahren im März 1993. Die Wahl von Ruth Dreifuss beziehungsweise die Nichtwahl von Christiane Brunner sowie die abgelehnte Wahl von Francis Matthey bewegte damals die Schweiz. Obwohl es um die Ersatzwahl eines SP-Bundesrats-sitzes ging, bewegte die Geschichte auch die FDP stark, wie ein Blick in den «Freisinn» vom März 1993 zeigt. Parteipräsident Franz Steinegger rollte im «Freisinn» von Ende März 1993 die Geschehnisse noch einmal auf und erläuterte, wie die Haltung der FDP zustande gekommen ist: «Zunächst beabsichtigte die SP, die unterlegene Kandidatin Brunner nochmals allein ins Rennen zu schicken. Die bürgerlichen Partner im Bundesrat haben der SP dann klar signalisiert, dass dies eine Provokation wäre und zur Präsentation einer bürgerlichen Alternative zwingen würde.»

Viele Zuschriften aus der Basis

Die SP lenkte schliesslich ein und nominierte neben Christiane Brunner auch noch Ruth Dreifuss. Damit war eine Forderung der FDP erfüllt. Wie Steinegger

schreibt, hätten neben sprachregionalen und Geschlechter-Ansprüchen auch Sorgen um die Zauberformel eine Rolle gespielt, dass die FDP schliesslich die SP-Kandidatin Ruth Dreifuss gewählt habe. «Nach der Aufwühlung eines Teils der Öffentlichkeit und der fehlenden Alternative war es ohne Zweifel zweckmässig, zwischen den beiden Kandidatinnen ohne Verzug zu wählen und damit die Voraussetzungen für die notwendige sachpolitische Arbeit wieder zu erreichen», hielt Steinegger fest.

Die turbulente Bundesratswahl bewegte nicht nur im Bundeshaus, sondern auch an der freisinnigen Basis. Auf einer Doppelseite präsentierte der «Freisinn» eine Auswahl von Zuschriften, die zeigten, dass auch die FDP-Mitglieder die Bundesratswahl kontrovers beurteilten. Während einige die Partei kritisierten, dass sie nicht Brunner gewählt haben, forderten andere, dass die FDP ein Ende der Zauberformel in Kauf hätte nehmen müssen.

FDP in Südafrika

Obwohl die denkwürdigen Bundesratswahlen praktisch den ganzen «Freisinn» füllten, gab es noch einige andere Themen. So wurde zum Beispiel über die Gründung der ersten Auslandsektion der FDP



Die FDP Frauen fühlten den Puls ihrer Mitglieder.



Parteipräsident Franz Steinegger erklärte das Vorgehen der FDP bei der Bundesratswahl.

International berichtet. In Südafrika taten sich Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zusammen, um sich «pragmatisch und effizient für die Schweizerkolonie einzusetzen», wie es Sektionspräsident Oskar Brandenburg formulierte.

Die FDP Frauen, die damals noch unter dem Namen Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen fungierten, berichteten über eine Umfrage, die sie innerhalb ihrer Organisation durchgeführt hatten. Vorstandsmitglied Ursula Schmid schrieb, dass sich die freisinnigen Frauen in der Partei grundsätzlich wohlfühlten, allerdings würden sie sich manchmal nicht ernst genommen fühlen und erhielten zu wenig Förderung. Eine Schlussfolgerung aus der Umfrage war, dass sie zur Behandlung sozialer Themen mehr Frauen einsetzen solle, damit sich diese profilieren könnten. Ursula Schmid schrieb ausserdem: «Die Solidarität unter Frauen muss unbedingt verbessert werden, sonst bleiben wir in der Politik weiterhin untervertreten.»

Der Blick in den «Freisinn» vom März 1993 zeigt somit deutlich, dass die typisch freisinnige Debattenkultur bereits vor 30 Jahren höchst lebendig war und dass Bundesratswahlen im ansonsten gemächlichen Schweizer Politbetrieb zuverlässig am meisten Aufmerksamkeit generieren.

Marco Wölfli

QR-Code scannen
und den ganzen
«Freisinn» vom
März 1993 lesen.



Präzisionstechnik wie in der Uhrmacherei gehört zu den Stärken der Schweizer Industrie. Foto: iStock/HQQuality Video



Für Wohlstand und Unternehmertum

Die FDP schärft ihr Profil als Wirtschaftspartei

Die Delegierten der FDP Schweiz haben an der letzten Delegiertenversammlung in Dübendorf ein neues Wirtschaftspapier verabschiedet, das auf drei Säulen basiert. In der vorliegenden Kurzfassung sind die wichtigsten Eckpunkte und Forderungen zusammengefasst.

Das Erfolgsmodell Schweiz hat massgeblich dazu beigetragen, dass die Schweizer Bevölkerung im internationalen Vergleich über einen sehr hohen Wohlstand verfügt. Doch dieses Erfolgsmodell ist unter Druck: Krisen und Machtverschiebungen stellen die Schweiz vor zahlreiche Herausforderungen. Der Druck kommt aber nicht nur von aussen, auch innenpolitisch sieht sich die liberale Wirtschaftsordnung der Schweiz immer neuen Angriffen ausgesetzt. Der Handlungsbedarf ist akut: Der Wirtschaftsstandort braucht mehr gut ausgebildete

Fachkräfte und weniger lähmende, komplizierte Administrativprozesse. Eine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz benötigt ausserdem stabile Handelsbeziehungen mit globalen Märkten und insbesondere den wichtigsten Handelspartnern in Europa. Damit der Schweizer Wohlstand auch morgen Bestand hat, müssen liberale Prinzipien wegleitend sein: Eigenverantwortung anstatt staatlicher Bevormundung, Anreize statt Verbote, Marktwirtschaft anstelle staatlicher Eingriffe und mehr Freihandel, dafür weniger Protektionismus.

QR-Code
scannen
und das
Wirtschafts-
papier in voller
Länge lesen.



Administrative Prozesse müssen vereinfacht und digitalisiert werden. Foto: iStock/fermate



Wirtschaftliche Dynamik und qualifizierte Arbeitskräfte sicherstellen

Der Fachkräftemangel in der Schweiz wird sich aufgrund der hohen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, des anhaltenden Trends zur Akademisierung und langfristig infolge des demografischen Wandels weiter zuspitzen. Eine Modernisierung und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und des Arbeitsrechts sind notwendig. Auch bei den behördlichen Prozessen gibt es grossen Handlungsbedarf. Die FDP fordert, dass administrative Prozesse digitalisiert und nach Möglichkeit vereinfacht werden. Letzteres gilt insbesondere für die Mehrwertsteuer, bei der ein Einheitssatz überfällig wäre.

Um unsere Unternehmen vor unnötigen Regulierungskosten zu schützen, gibt es eine wirksame FDP-Lösung: die Regulierungsbremse. Analog der Schuldenbremse sollen damit Regulierungen, die Unternehmen besonders stark belasten würden, im Parlament einem qualifizierten Mehr unterstellt werden.

Um das inländische Potenzial von Arbeitskräften auszuschöpfen, braucht es eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies ist mit einer Stärkung der ausserfamiliären Betreuungsstrukturen, der Einführung der Individualbesteuerung sowie einem flexiblen Arbeitsrecht zu erreichen.

Auch bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus Drittstaaten verlangt die FDP Verbesserungen. Die Aufteilung der Kontingente nach Kantonen stellt eine Zusatzhürde dar. Eine einfache Rekrutierung, die sich nach dem Bedarf der Wirtschaft orientiert, ist unabdingbar.

Der Rheinhafen Basel ist ein wichtiger Zugang zu den internationalen Märkten. Foto: Patrik Walde



Internationale Marktzugänge sichern und ausbauen

Als offene Volkswirtschaft und exportorientiertes Land ist die Schweiz auf verlässliche Beziehungen und einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zu den Weltmärkten angewiesen. Deswegen müssen Zölle und weitere nicht tarifäre Handelshemmnisse abgeschafft und neue

«Zölle abschaffen – neue Freihandelsabkommen abschliessen.»

Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Nur so kann die Schweiz im globalen Wettbewerb bestehen.

Mit der EU, unserem wichtigsten Handelspartner, braucht es eine Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen und Kooperationen bei gegenseitigem Interesse, namentlich im Bereich von Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration sowie Strom. Die politische Eigenständigkeit der Schweiz muss dabei gewahrt bleiben.

Anstelle staatlicher Hilfen soll die Eigenverantwortung der Unternehmen gestärkt werden.

Foto: iStock/AnnaStills



Ansprüche an den Staat reduzieren und Eigenverantwortung fördern

Krise, Krise und nochmals Krise: Das Wort geht vielen immer leichter von den Lippen. Wer Krise ruft, der will Hilfe und Geld vom Staat. Mit dem Ausbau der Hilfen wird jedoch das freiheitliche Modell der Schweiz eingeschränkt. Hier muss

«Strenge Einhaltung der Schuldenbremse.»

Gegensteuer gegeben werden. Dem Trend zum Sozialausbau und zur Erhöhung der Staatsquote ist Einhalt zu gebieten, weil Privilegien einfacher gewährt als entzogen werden können. Zudem ist bei der Vergabe von Staatsgeldern zwischen Bedürftigkeit und Anspruchshaltung zu unterscheiden.

Gerade in Krisensituationen ist es unabdingbar, dass ein finanzpolitischer Spielraum besteht, der die Handlungsfähigkeit des Bundes nicht einschränkt. Dafür braucht es auch in Zukunft eine strenge Einhaltung der Schuldenbremse. Zu einer verantwortungsvollen Finanzpolitik gehört auch die Unabhängigkeit der Nationalbank.

Unabhängig von der Art der Krise ist ein Eingriff durch den Staat nur als Ultima Ratio vertretbar. Die FDP setzt auf Eigenverantwortung und nachhaltigere Reformen anstatt auf kurzfristige Konjunkturpakete. Die Anreize müssen zudem so gestaltet sein, dass Unternehmen für sich selbst schauen können und wollen.



175 Jahre Bundesverfassung

Freisinniger Grundstein für eine starke Schweiz

Vor 175 Jahren erarbeiteten 23 radikal-liberale Kantonsvertreter die Bundesverfassung und schufen den modernen liberal geprägten Bundesstaat. Autor und Journalist Rolf Holenstein kennt die Entstehungsgeschichte der Bundesverfassung wie kein Zweiter. Für den «Freisinn» schreibt er exklusiv über die wichtigsten Wochen der Schweizer Geschichte und welche wichtige Rolle die Vorläufer der FDP spielten.

Die ersten stabilen, bis zum heutigen Tag bestehenden Demokratien in Europa sind die schweizerischen Kleinstaaten, die Kantone, die sich zur Zeit der französischen Juli-Revolution von 1830 neue Verfassungen geben. Ihre Existenzberechtigung beziehen sie aus dem Prinzip der Volkssouveränität.

Damit kollidieren sie mit den fünf Grossmächten, mit der «göttlichen Ordnung» und dem monarchischen Prinzip, das besagt, dass nur ein Monarch legitimer Souverän sein kann. Daraus leiten die Grossmächte das Recht zur Intervention gegen liberale, demokratische und nationale Bestrebungen ab.

Zum Vorbild für die mitteleuropäischen liberalen Bewegungen entwickelt sich die Schweiz trotzdem. Für Europas liberale Minderheiten ist sie progressive Schrittmacherin, für die konservative Elite ein hochgefährlicher demokratisch-liberaler

Ansteckungsherd, der Tausende von deutschen Untertanen (so die offizielle Bezeichnung) in Versuchung führt.

Ochsenbeins prägende Ansprache

Die liberaldemokratischen eidgenössischen Stände sind also eine europäische Anomalie. Eine zunehmend selbstbewusste, wie der 5. Juli 1847 lehrt. Es ist der Tag, an dem Tagsatzungs- und Bundespräsident Ulrich Ochsenbein seine je nach Standpunkt berüchtigte oder berühmte Ansprache zur Eröffnung der ordentlichen Tagsatzung des Jahres 1847 hält. Ochsenbein diagnostiziert eine durch neue Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik veränderte geistige und materielle Welt und daneben eine politische Welt, die nicht Schritt hält. Hierauf positioniert er die Schweiz auf einer höheren Legi-

timitätsstufe als die europäischen Mächte. Mit der Begründung, dass in den Kantonen bereits Realität sei, was «anderwärts als höchstes Ziel erst noch angestrebt» werde: das «ewig und einzig wahre Prinzip der Volkssouveränität» und «die politische Gleichheit aller Staatsbürger». Das mache die Schweiz und ihre Einwohner zur Nation. Und diese Nation werde einen demokratischen Gesamtstaat auch gegen das ausdrückliche Verbot der Grossmächte errichten. Denn diese hätten kein Recht, ihr das zu verbieten. Schliesslich sagt er den Grossmächten den baldigen Zusammenbruch aus innerer Fäulnis voraus.

Liberal-radikaler Sieg im Sonderbundkrieg

Im November 1847 kommt es zum Sonderbundskrieg zwischen den liberal-radikalen und den katholisch-konservativen Kantonen. Die Grossmächte unterstützen Letztere, aber nicht militärisch – weil sie Aufstände im eigenen Land befürchten. Die Konservativen wollen am Status quo festhalten, namentlich an der Bestimmung, dass sämtliche Kantone im obersten Staatsorgan die gleiche Stimmkraft haben, für Uri (15 000 Einwohner) eine Stimme, für Bern (450 000 Einwohner) ebenfalls. Das würde einen künftigen demokratischen Gesamtstaat verunmöglichen. Das ist der Kriegsgrund.

Nach einem knappen Monat erkämpfen sich die Liberal-Radikalen den Sieg im Sonderbundskrieg. Er erlaubt ihnen zu tun, was sie seit Jahren wollen: aus dem losen Staatenbund von 1815 einen Gesamtstaat machen. Ob Zweikammerbundesstaat oder Einheitsstaat mit Auflösung der Kantone, das allerdings ist innerhalb der Liberal-Radikalen noch umstritten.

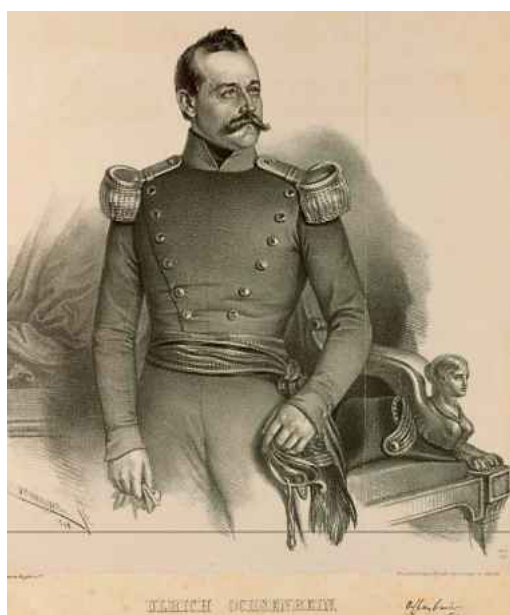
Revolutionen in Europa

Der Neubau der Schweiz beginnt am 17. Februar 1848, 9 Uhr, im Rathaus des Äusseren Standes zu Bern. 23 Kantonsvertreter versammeln sich zur Bundesrevisionskommission. Es dominieren Juristen, Kaufleute, Mediziner und Industrielle. Also die klassisch zum radikal-liberalen Lager neigenden Berufskategorien. Die Kommission wird von Tagsatzungs- und Bundespräsident Ochsenbein geleitet.

Da geschieht Unglaubliches, fünf Tage nach Arbeitsbeginn der Kommission. Was Präsident Ochsenbein vorausgesagt hat, tritt ein: Europa brennt! In Frankreich beginnt es mit der Februarrevolution. Binnen Monatsfrist befinden sich an die vierzig Staaten im revolutionären Umbruch. Throne wanken, Könige und Minister stürzen, Frankreichs König Louis-Philippe als Erster. Auch Metternich in Österreich.

Die Schweiz befindet sich inmitten eines vulkanisch brodelnden Staatenmagmas. Niemand kann wissen, was daraus wird. Wird man es mit friedlichen Republiken zu tun haben? Oder kommen die Könige und andere Machthaber wieder zurück?

Die Situation fordert dem Land Jahrhundert-Entscheide ab: Es ist ein neuer Staat zu erfinden – und dieser noch gar nicht existierende Staat in einem brennenden Europa zu positionieren.



Ulrich Ochsenbein war Präsident der Revisionskommission. Foto: Burgerbibliothek Bern, Gr. B. 1647

Liberaler Schwerpunkte für den neuen Bundesstaat

Die 1847/48 erfolgreichen politischen Akteure der Eidgenossenschaft sind die Liberal-Radikalen, die Vorläufer des späteren Freisinns. Und davon vor allem jene, die sich 1848 als Mitglieder der Bundesrevisionskommission in Bern aufhalten – die meisten Kantone haben ihre obersten Magistraten in die Kommission geschickt. Und diese legen die zukunftsentscheidenden Parameter fest: demokratischer Zweikammer-Bundesstaat als neue Staatsarchitektur und bewaffnete Neutralität als Verteidigungsinstrument ausserhalb der Verfassung.

Historische Bedeutung als Verfassungsschöpfer und aussenpolitischer Kopf darf Ochsenbein für sich beanspruchen. Historisch erfolgreich operierten auch die liberalen Katholiken, indem sie Präsident Ochsenbein vertrauten und den Zweikammer-Bundesstaat als historischen Kompromiss zugunsten sowohl der katholischen Kantone als auch der ganzen Eidgenossenschaft erkannten. Und ihm zum Leben verhalfen.

Die Bundesrevisionskommission von 1848 ist die wichtigste Kommission, die die Schweiz je gehabt hat. In nur gerade 51 Tagen und 31 Sitzungen erarbeitet sie unter Ochsenbein einen derart perfekten Verfassungsentwurf, dass sowohl Kantonalinstanzen als auch die Tagsatzung nur bescheidene Retuschen anbringen. Am 12. September 1848 erklärt sie die Bundesverfassung zum neuen Grundgesetz.

So haben die Vorväter des Freisinns 1848 die Schweiz verändert:

- Die Verfassung von 1848 bringt das demokratische Prinzip auf Bundesebene und organisiert einen Bundesstaat mit repräsentativer Demokratie und zwei direktdemokratischen Elementen: Verfassungsinitiative und obligatorisches Verfassungsreferendum.
- Es entsteht ein föderalistisches Zweikammersystem mit National- und Ständerat.
- Sechs Bundesräte und ein Bundespräsident bilden die Exekutive.
- Es wird ein Bundesgericht geschaffen.
- Die Aussenpolitik wird Bundessache.
- Es entsteht ein Bundesheer.
- Ein einheitlicher Wirtschaftsraum wird geschaffen: durch Transfer der Binnenzölle an die Aussengrenze, einheitliche Währung, einheitliches Mass und Gewicht, freie Niederlassung.
- Individual- und politische Freiheitsrechte sind gewährleistet.
- Der Bund kann öffentliche Werke und eine Hochschule errichten.
- Die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt wird Bundeszweck.
- Zur Gewährleistung der Kantonsverfassungen werden Mindeststandards festgelegt.



Im heutigen Restaurant zum «Äusseren Stand» wurde die Verfassung geschrieben. Foto: zfv

Die Bundesverfassung von 1848 markiert den Start einer Erfolgsgeschichte, die bis heute anhält. Schattenseiten sind das fehlende Frauenstimmrecht und die späte Judenemanzipation.

Der Schweizer Staatsgründungsakt ist eine hochbedeutende Errungenschaft für die Eidgenossenschaft – aber nicht nur für sie. Er ist auch ein europäischer Wurf. Denn der Bundesstaat von 1848 ist die einzige demokratische Republik in Europa, und das für sehr lange Zeit.

Rolf Holenstein



Rolf Holenstein

Geboren 1946 in Frauenfeld, ist historiografischer Publizist. Er ist Autor der Bundesratsbiografie «Ochsenbein» und des Buches «Stunde Null». Darin zeichnet Holenstein anhand der Privatprotokolle der Teilnehmer nach, wie die Bundesverfassung im Jahr 1848 entstanden ist. Beide Werke sind im Echtzeit Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich.

Internationale Partebeziehungen

Philipp Eng, Esther Lüssi, Ruzanna Tarverdyan und Marco Weber in Bratislava (von links).



Neues Team am ALDE Council 2022 in Bratislava

Engagierter Austausch unter Liberalen

Am ALDE Council in Bratislava nahm die FDP Schweiz mit drei Delegierten teil: Esther Lüssi, International Officer der FDP Schweiz, Philipp Eng, International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz, und Marco Weber als Vizepräsident der FDP International. Begleitet wurden sie von FDP-Gemeinderätin Ruzanna Tarverdyan, Gründerin der Geneva Consensus Foundation.

ALDE ist die sogenannte Alliance of Liberal-Democrats in Europe, also die Dachpartei der liberalen Parteien aus EU- und Nicht-EU-Staaten in Europa. Sie stellt zusammen mit der französischen Renaissance-Partei von Präsident Macron die Fraktion Renew Europe im EU-Parlament. Die FDP Schweiz ist seit 1993 Mitglied der ALDE und verfügt derzeit über 13 Kongress- und 3 Council-Stimmen. Die aktive Partizipation der FDP Schweiz ist massgebend, um die europäische Politik in eine uns entsprechende liberale Richtung zu bewegen, kommen doch die heutigen Entscheidungen in Europa früher oder später oft unverändert auch auf unseren politischen Verhandlungstisch. An den ALDE-Kongressen nehmen jeweils bis zu 1000 Personen teil, weshalb unsere Teilnahme nicht nur eine persönliche Bereicherung mit sich bringt, sondern vielmehr ausgezeichnete Möglich-

keiten bietet, sich mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen über die Zukunft Europas sowie regionale und globale Politik vertieft auszutauschen. Kommt hinzu, dass wir mit einzelnen Parteimitgliedern auch in sogenannten Policy Advisory Groups der ALDE vertreten sind, welche sich regelmässig mit Themen wie Demokratie und Sicherheit, Klima und Nachhaltigkeit sowie Arbeit, Wachstum und Innovation beschäftigen. Die ALDE Councils widmen sich schliesslich im kleineren Kreis internen Themen der Geschäftsführung wie Finanz- und Organisationsfragen.

Jungfreisinniges Engagement

Sehr geschätzt wird auch das Engagement der Jungfreisinnigen Schweiz im Rahmen von LYMEC, welche sich als liberale Jugendorganisation der ALDE aktiv in deren Tätigkeiten einbringt. Auf-

grund des bestehenden Netzwerks der Jungfreisinnigen aus den Dachverbänden LYMEC und IFLRY, welches sich personell zu einem grossen Teil mit den Teilnehmern in den ALDE-Entscheidungsgremien deckt, sind unsere Möglichkeiten noch einmal grösser, die internationale Politik positiv zu beeinflussen.

ALDE Council in Bratislava

Am Tag der Anreise fand abends ein Dinner Meeting mit allen International Officers statt. Ein gegenseitiges Kennenlernen und die Präsentation der eigenen Partei standen im Fokus. Interessant – denn einmal mehr wurde hier einem vor Augen geführt, dass das Prinzip des Föderalismus und die Schweizer Abstimmungstradition nicht allen geläufig sind. Der zweite Tag diente der Beratung und Vorbereitung der wichtigsten Resolutionen und endete mit einer geselligen Reception nahe der Burg von Bratislava.

Am dritten Tag wurden im Plenum diverse Resolutionen verabschiedet, neue Parteien aufgenommen und interne Probleme besprochen.

Internationales Parteienetzwerk stärken

Unsere Teilnahme an solchen Anlässen dient nicht nur unserer internationalen Beziehungspflege, sondern gestattet uns auch eine direktere Einflussnahme auf die Meinungsbildung gerade in europapolitischen Fragen im Austausch mit mehr oder weniger gleichgesinnten Parteien, was vielfach sogar erwartet und immer geschätzt wird. Zumal eine EU-Mitgliedschaft für uns nicht in Frage kommt, soll das gegenseitige Verständnis unbedingt vertieft und eine bessere Zusammenarbeit gefördert werden. Als starkes Team setzen wir uns voll und ganz dafür ein.

Esther Lüssi, International Officer FDP Schweiz
Philipp Eng, International Officer Jungfreisinnige Schweiz

Marco Weber, Vizepräsident FDP International

ALDE-Kongress

Der nächste ALDE-Kongress findet vom 26. bis zum 28. Mai 2023 in Stockholm statt, und wir freuen uns jetzt schon auf eine grosse Parteidelegation. Weitere Auskünfte erteilen gerne die International Officers.



Das dritte Geschlecht

Was es damit auf sich hat

Der Bundesrat kommunizierte im Dezember 2022, dass in der Schweiz die Voraussetzungen für die Einführung eines dritten Geschlechts (oder den generellen Verzicht auf ein Geschlecht) in der Gesellschaft nicht erfüllt werden; unter anderem weil die Thematik in der Gesellschaft noch nicht ausreichend diskutiert wurde. Ein Überblick.

Bei der Geburt wird uns aufgrund unserer primären Geschlechtsmerkmale das Geschlecht männlich oder weiblich zugewiesen. In einem binären Geschlechtsmodell, wie es die Schweiz kennt, besteht nur die Möglichkeit, weiblich oder männlich zu sein. Weil für die meisten Menschen das zugewiesene Geschlecht mit dem tatsächlichen Geschlecht übereinstimmt, stellt sich die Frage, ob unser binäres Geschlechtsmodell zu eng gefasst ist, oft gar nicht.

Für Menschen, die sich nicht (nur) als weiblich oder männlich fühlen (non-binär), oder intergeschlechtliche Menschen (Geschlechtsmerkmale entsprechen nicht der medizinischen Norm von männlich oder weiblich) kommt das binäre Geschlechtsmodell jedoch an seine Grenzen. Die nationale Ethikkommission schätzt, dass in der Schweiz etwa 103 000 bis 154 000 Personen non-binär sind und etwa 140 000 Personen intergeschlechtlich (siehe NEK-Bericht 2020).

Keine Modeerscheinung

In Deutschland besteht seit 2018 die Möglichkeit, neben männlich und weiblich auch die Option

divers zu wählen. Das hat auch die politischen Diskussionen über ein drittes amtliches Geschlecht in der Schweiz angestoßen. Doch Deutschland ist weder das erste noch das einzige Land, das rechtlich ein drittes Geschlecht anerkennt.

Australien führte als erstes Land bereits im Jahr 2003 die dritte Geschlechtsoption ein; seither besteht die Möglichkeit, statt männlich oder weiblich ein X einzutragen. Neben Australien haben weltweit bereits 15 weitere Länder das dritte amtliche Geschlecht eingeführt, darunter Indien (seit 2014), Malta (2015), Chile (seit 2018) und Island (seit 2019).

Unabhängig von der rechtlichen und politischen Lage kennen viele Kulturen seit Jahrhunderten nicht-binäre Geschlechtsmodelle, wie z.B. Two Spirits bei den amerikanischen Ureinwohnern, Waria in Indonesien oder Mahu in Hawaii. Nicht-binäre Menschen hat es schon immer gegeben und waren schon immer Teil unserer Gesellschaft.

Weshalb stellt sich die Frage nach einem dritten (oder keinem) Geschlecht?

RADIGAL, die LGBTI-Fachgruppe der FDP, ver-



Mentari Baumann.

tritt die Meinung, dass es dem Staat egal sein sollte, welches Geschlecht jemand hat; das Geschlecht sollte keine Rolle spielen. Zudem sollten Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen können, nicht unter dem staatlichen Zwang stehen, ein Geschlecht auszuwählen, das nicht der Wahrheit entspricht.

Ein drittes amtliches Geschlecht erlaubt es zudem, das binäre Geschlechtssystem aufzuweichen, das Menschen immer noch in sehr enge soziale Rollen drängt.

Mentari Baumann, Co-Präsidentin RADIGAL

RADIGAL

Setzt sich als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Wir haben uns die vollständige Integration von LGBTI in Gesellschaft, Politik und Recht zum Ziel gesetzt. RADIGAL ist der Ansprechpartner der FDP und der Jungfreisinnigen für Fragen rund um das Thema LGBTI.

Weitere Informationen und Positionspapiere finden sich auf www.radigal.ch.



Sie wollen künftig im Ständerat politisieren: Regine Sauter, Sandra Hess, Susanne Vincenz-Stauffacher und Petra Gössi (von links).



Helvetia ruft!

Gemeinsam für mehr Frauen in der Politik

Kaum hat das neue Jahr begonnen, werden von den verschiedenen Kantonalparteien bereits die Kandidatinnen und Kandidaten für die National- und Ständeratswahlen im Oktober 2023 nominiert. Die überparteiliche, von alliance F lancierte Kampagne «Helvetia ruft!» setzt sich wie bereits vor vier Jahren dafür ein, dass mehr Frauen den Sprung ins Parlament schaffen.

Bereits im September 2022 hat alliance F eine Wette mit den Präsidien der verschiedenen Parteien abgeschlossen. Auch die FDP macht mit: Parteipräsident Thierry Burkart wettet, dass die FDP-Bundeshausfraktion nach den Wahlen vom Oktober einen Frauenanteil von 40 Prozent aufweist – das wären 10,8 Prozent mehr als heute. Im Namen der FDP Frauen nimmt unsere Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher diese Wette gerne an. Auch wir werden unseren Beitrag leisten, damit sie gelingt. Bereits früh hatten die FDP Frauen nämlich gefordert, für jeden frei werdenden Ständeratssitz eine Frauenkandidatur zu lancieren. Zusätzlich sollen die Kantonalparteien auch mehr Frauen für die Nationalratswahlen aufstellen.

Gute Voraussetzungen in den Kantonen

Die Ausgangslage für mehr FDP-Frauen in Bundesbern sieht indes vielversprechend aus. Bereits haben sich diverse bisherige Nationalrätinnen als Spitzenkandidatinnen für frei werdende Ständeratssitze positioniert. Während die ehemalige Parteipräsidentin Petra Gössi im Kanton Schwyz und Regine Sauter im Kanton Zürich erst im Herbst 2023 um die jeweils frei werdenden Ständerats-

sitze kämpfen werden, steckt Susanne Vincenz-Stauffacher bereits jetzt mitten in den Ersatzwahlen um den zweiten Ständeratssitz in St. Gallen. Mit Sandra Hess hat sich zudem auch in Bern eine FDP-Frau für das Rennen ins Stöckli aufstellen lassen. Die Chancen stehen also gut, dass die FDP-Liberale Fraktion in der neuen Legislatur auch in der kleinen Kammer mit mehr Frauen vertreten sein wird.

Potenzial ausnutzen – Frauen aufstellen

Für die Nationalratswahlen werden ebenso fleissig Listen mit Kandidatinnen und Kandidaten zusammengestellt. Und auch hier zeigt sich ein erfreulicher Trend in Richtung mehr Frauenkandidaturen, welche ausserdem immer öfter auf den vorderen Listenplätzen zu finden sind. So steigt beispielsweise die FDP Kanton Zug mit Kantonsrätin Jill Nussbaumer als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf ein, um einen Nationalratssitz zurückzuerobern. Die FDP Kanton St. Gallen und die FDP Kanton Solothurn haben auf ihren insgesamt zwölf Listenplätzen je fünf Frauen nominiert, bei der FDP Kanton Aargau sind auf der Hauptliste mit 16 Plätzen immerhin sechs Frauen vertreten. Die Kantonalparteien haben also das Potenzial der

«Die Ausgangslage für mehr FDP-Frauen in Bundesbern sieht vielversprechend aus.»

Frauen erkannt und wollen dieses auch zu ihren Gunsten nutzen.

Neue Wege gehen

Erwähnenswert ist hier insbesondere die Herangehensweise der FDP Frauen Kanton St. Gallen. Sie gehen auch im Oktober 2023 wieder mit einer reinen Frauenliste und zwölf motivierten Kandidatinnen an den Start. Dies, nachdem der Pilotversuch im Jahr 2019 massgeblich dazu beigetragen hatte, den zweiten Nationalratssitz der FDP zu halten. Solche spezifischen Unterlisten sind insbesondere dann wertvoll, wenn es ihnen gelingt, neue Wählergruppen zu erschliessen. Man darf also gespannt sein, ob Thierry Burkart die «Frauenwette» gewinnen wird – wir FDP Frauen unterstützen ihn dabei mit voller Kraft.

**Ursina Flütsch, Geschäftsführerin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz**

Jungfreisinnige Delegation nach dem Besuch bei der NZZ.



2023: Für mehr Freiheit und weniger Staat!

Renteninitiative bleibt wirksamste Lösung

Die Jungfreisinnigen Schweiz sind äusserst motiviert in das neue Jahr 2023 gestartet. Nach einem tollen Jahresabschluss in Form einer NZZ-Führung mit anschliessendem Weihnachtsessen Ende November durften wir im Januar ein weiteres Medienhaus, die SRG, besuchen. Und schon bald steht der grösste Event des Jahres an: der Kongress, der dieses Jahr in St. Gallen auf dem OLMA-Gelände stattfinden wird.

Doch der Januar glänzte nicht nur mit freudigen Ereignissen. Die Kommission des Ständerates für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) befasste sich am 27. Januar erstmals mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen. Sie beantragt dem Ständerat mit 7 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Initiative in der kommenden Frühlingssession (Ende Februar bis Mitte März) abzulehnen. Damit vergibt die Ständeratskommission eine wichtige Chance, die AHV endlich nachhaltig zugunsten der kommenden Generationen zu sichern.

SGK-S vergisst die Jungen

Die demografische Entwicklung und der Renteneintritt der sogenannten Baby-Boomer-Generation stellt die AHV vor gewaltige Herausforderungen. Viele junge Menschen fragen sich daher, ob sie im Alter noch etwas von ihrer Rente haben werden. Angesichts des kumulierten AHV-Umlagedefizits von 120 Milliarden Franken bis 2050 ist eine struk-

turelle Reform der AHV unumgänglich. Die im Sommer 2021 von den Jungfreisinnigen Schweiz eingereichte Renteninitiative verlangt, dass das Rentenalter für Männer und Frauen schrittweise auf 66 Jahre erhöht und dann an die Lebenserwartung gebunden wird. Für Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, ist klar: «Die Renteninitiative ist der einzige Lösungsvorschlag, der die Finanzierung der AHV nicht nur nachhaltig sichert, sondern sich auch positiv auf die Wirtschaft auswirkt und die Zuwanderung massgeblich drosselt.»

Eine von der UBS erst kürzlich veröffentlichte Studie zeigt unmissverständlich auf, dass der AHV eine langfristige Finanzierungslücke von 654 Milliarden Franken droht. Nur die Renteninitiative vermag diese gigantischen Finanzierungslücken für immer zu schliessen. Des Weiteren verzichtet die SGK-S mit 7 zu 5 Stimmen darauf, einen Gegenvorschlag zur Initiative zu erarbeiten. Es bleibt zu hoffen, dass der Ständerat seiner Kom-

mission nicht folgt und stattdessen die Renteninitiative gutheisst.

Spannende Events und Einblicke in Medienhäuser

Ende November besuchten rund 60 Jungfreisinnige aus der Deutschschweiz den Hauptsitz der NZZ. Die Führung startete im altherwürdigen Sitzungszimmer, wo die NZZ gegründet wurde. Nach den spannenden Einblicken in die Redaktion endete der Abend mit einem Fondue-Plausch. Mitte Januar nahmen rund 40 Jungfreisinnige an einer Führung bei der SRG teil. Die SRG wird gerne von den Jungfreisinnigen kritisiert. Besonders geschätzt wurden daher die Offenheit und die Bereitschaft, sich persönlich und direkt den kritischen Fragen der Mitglieder zu stellen.

Mitte März findet der Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz in St. Gallen statt. Rund 300 Mitglieder aus der ganzen Schweiz werden erwartet. Neu zu besetzen ist unter anderem das Vizepräsidium. Zu den Gästen zählen Bundesrätin Karin Keller-Sutter, alt Bundesrat Hansruedi Merz, SNB-Direktionsmitglied Attilio Zanetti, WEKO-Präsidentin Laura M. Baudenbacher und SRF-Arena-Moderator Sandro Brotz. Zudem werden wir uns für die eidgenössischen Wahlen im Oktober einstimmen. Wir sind bereit!

Swen Gaberthüel,
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz

Erfolgreicher Start ins Wahljahr

350 Delegierte zu Gast in Dübendorf

Wirtschaftspolitik stand im Zentrum der Delegiertenversammlung in Dübendorf. Über 350 Delegierte setzten ein klares Zeichen für einen starken Wirtschaftsstandort und mehr Wohlstand und Unternehmertum in unserem Land. Neben Auftritten von liberalen Unternehmerinnen und Unternehmern verabschiedeten die Delegierten das neue Wirtschaftspapier. Im Fokus stand ausserdem die kommende Abstimmung über die OECD-Mindestbesteuerung. Hierfür fassten die Delegierten einstimmig die Ja-Parole.

Der Innovationspark Zürich auf dem Areal des Flughafens Dübendorf vereint Forschung, zukunftsgerichtete Unternehmen und Aviatik. Davon überzeugten sich auch die 350 Delegierten, die am 21. Januar an der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz teilgenommen haben. Für die FDP ist klar, dass die liberale Wirtschaftsordnung den heutigen Wohlstand der Schweiz ermöglicht hat. Dieses Erfolgsmodell steht allerdings unter Druck, und es

besteht Handlungsbedarf. Die FDP-Delegierten haben deshalb einstimmig das neue Positionspapier verabschiedet (siehe Seite 4 und 5). Anschauungsunterricht aus der Praxis lieferte die Podiumsdiskussion mit den FDP-Unternehmerinnen und FDP-Unternehmern Kristiane Vietze, Daniel Arn, Sébastien Marti und Alessandra Gianella, moderiert von Parteizepräsident und Ständerat Andrea Caroni.

Appell an die Eigenverantwortung

Auch Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart betonte in seiner Rede die Bedeutung gesunder Unternehmen: «Der immer stärker werdende und teilweise hemmungslose Ruf nach dem Staat führt langfristig in eine Sackgasse. Aus Bedürftigkeit wird schnell Anspruch, aus freiem Willen wird Bevormundung, aus Eigenständigkeit wird Abhängigkeit. Eine gesunde Wirtschaft braucht den nötigen



Die freisinnige Basis versammelte sich auf dem Areal des Innovationsparks Zürich. Fotos: Jon Trachsel



Stephan Sigrist vom Think-Tank W.I.R.E. sprach über Innovation und Zukunftsstrategien.



Bundesrat Ignazio Cassis vermeldete Fortschritte in den Gesprächen zwischen der Schweiz und der EU.



Nationalrätin Daniela Schneeberger und Nationalrat Beat Walz präsentierten das neue Wirtschaftspapier.

Gestaltungsspielraum für Innovationen und Investitionen. Unternehmertum braucht Freiraum für sein Wirken zum Wohle aller Menschen in diesem Land.»

Parteipräsident Thierry Burkart blickte auch auf die Wahlen im Oktober und rief in Erinnerung, was die FDP erreichen will: «Das Ziel, die SP als zweitstärkste Partei zu überholen, ist eminent wichtig für die Freiheit und den Wohlstand der Menschen in unserem Land. Die liberalen Errungenschaften

werden in der Schweizer Politik tagtäglich angegriffen. Wir müssen daher jeden Tag für sie kämpfen. Denn eine liberale Schweiz heisst eine starke Schweiz!»

Voten der Bundesräte

Im Gespräch mit Parteivizepräsident und Ständerat Andrea Caroni sprach Bundesrat Ignazio Cassis über die internationalen Herausforderungen, insbesondere die Beziehungen mit der Europäischen

Union: «Der Krieg in der Ukraine hat dafür gesorgt, dass Europa näher zusammengedrückt ist. Das wirkt sich auch auf die Beziehungen mit der Schweiz aus. Im letzten Jahr haben wir in den Gesprächen mit der EU viele Fortschritte erzielt, und beide Seiten wollen einen Schritt vorwärts machen.»

Die neue Finanzministerin Karin Keller-Sutter erläuterte den Anwesenden die Ausgestaltung der OECD-Mindeststeuer, über die am 18. Juni abgestimmt wird. Die Delegierten fassten einstimmig die Ja-Parole.

Bereits am Abend zuvor verabschiedete die Konferenz der kantonalen Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten einstimmig die Ja-Empfehlung für die Parolenfassung zum Klimaschutz-, Innovations- und Energiesicherheitsgesetz (Gegenvorschlag Gletscherinitiative). Die Delegierten fassen die finale Parole an der Delegiertenversammlung vom 6. Mai 2023.



Parteivizepräsident und Ständerat Andrea Caroni moderierte das Gespräch mit Regierungsratskandidat Peter Grünenfelder (rechts), Regierungsrätin Carmen Walker Späh und Hans-Jakob Boesch, Präsident FDP Zürich.



Die Delegierten verabschiedeten das neue Wirtschaftspapier einstimmig.



Applaus für eine gelungene Delegiertenversammlung.



Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart betonte in seiner Rede die Bedeutung freisinniger Werte.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläuterte die Vorlage zur OECD-Mindestbesteuerung.



Angeregte Gespräche beim anschliessenden Apéro.

Karin Keller-Sutter ist seit Anfang 2023 Finanzministerin. Foto: Keystone / Alessandro della Valle



«Es geht nicht nur um Zahlen, sondern um die Stabilität der Schweiz»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter über ihre neue Aufgabe

Nach vier Jahren an der Spitze des Justiz- und Polizeidepartements leitet Bundesrätin Karin Keller-Sutter seit Januar das Eidgenössische Finanzdepartement. Die Herausforderungen sind zahlreich: die Auswirkungen der internationalen Unsicherheiten auffangen, die OECD-Mindeststeuer umsetzen und eine Schuldenbremse-konforme Finanzpolitik sicherstellen.

Fühlen Sie sich in Ihrem neuen Büro und in der Welt der Zahlen schon zu Hause?

Was die geografische Verschiebung betrifft, kann ich Sie beruhigen: Der Bernerhof befindet sich nur wenige Meter vom Bundeshaus West entfernt, in dem ich vorher war (lacht). Im Ernst: Wir befinden uns in einer schwierigen finanziellen Situation und in einem äusserst volatilen Umfeld. Seit 2020 reiht sich in Europa eine Krise an die andere. Umso wichtiger ist es, dort Stabilität und Verlässlichkeit zu schaffen, wo das möglich ist. Und dazu gehört eine solide Finanzpolitik. Sie ist mehr als Zahlenschieberei! Und hier ist der Auftrag für die Finanzministerin mit der Schuldenbremse klar. Ausgaben und Einnahmen müssen im Gleichgewicht stehen – so wie das in jedem Privathaushalt der Fall ist. Ein Budget, das sich nicht an diese Regel hält, ist verfassungswidrig.

Die finanzpolitischen Abwägungen sind komplex. Jeder denkt, dass seine Aufgabe die wichtigste ist. Was ist die «Methode Keller-Sutter», um diese gemeinsamen Anstrengungen zu erreichen?

Es braucht einen nüchternen Blick auf die Fakten und eine gewisse Opfersymmetrie. Es zeichnen sich für die nächsten Jahre strukturelle Defizite von mehreren Milliarden ab. Hauptgrund sind nicht etwa sinkende Einnahmen, sondern steigende Ausgaben: Das Parlament hat zusätzliche Ausgaben beschlossen, die nicht gegenfinanziert sind. Mit Kosmetik ist das nicht zu korrigieren. Darum müssen alle Aufgabengebiete einen Beitrag leisten.

Wird der Ernst der Lage in Bundesbern erkannt?

Der Bundesrat ist sich dessen sehr bewusst. Gleich nach meinem Amtsantritt Anfang Januar haben wir mit sämtlichen Departementen das Gespräch

geführt und mögliche Massnahmen diskutiert. Basierend auf diesen Diskussionen hat der Bundesrat Ende Januar wichtige Richtungsentscheide zum Voranschlag 2024 gefällt und Mitte Februar die Weisungen dazu verabschiedet.

In den freisinnigen Reihen bereiten die Entscheide zu den Armeeaussgaben Sorgen: Wird inmitten eines Krieges in Europa die Sicherheit auf dem Altar der Haushaltsdisziplin geopfert?

Nein, das trifft nicht zu. Im Gegenteil. Die Armeeaussgaben werden sogar stark wachsen, einfach langsamer, als es noch im Finanzplan 2024 bis 2026 vorgesehen war. Konkret: Für das Jahr 2024 ist ein Armeebudget von gut 5,6 Milliarden Franken vorgesehen und auch für die Finanzplanjahre 2025 bis 2026 ist ein reales Wachstum von jährlich 3 Prozent geplant. Das ist doppelt so viel wie in den letzten Jahren.

Im Zuge der Covid-Krise hat man den Eindruck, dass es keine Grenzen mehr gibt, wenn es darum geht, den Staat um Hilfe zu bitten. Man spürte eine «No limit»-Stimmung.

Diesen Eindruck habe ich manchmal auch. Es ist verständlich, dass im Kontext der Pandemie die Ansprüche an den Staat gestiegen sind. Es ist nun aber Zeit, zur bewährten nachhaltigen Finanzpolitik zurückzukehren, damit wir auch in künftigen Krisen handlungsfähig bleiben. Die Finanzkrise, die Corona-Pandemie und jetzt auch die Auswirkungen des Ukrainekrieges konnten nur dank einer soliden Finanzpolitik bewältigt werden. Wir wissen nicht, was als Nächstes kommt und wann es kommt. Deshalb müssen wir den Haushalt rechtzeitig sanieren.

Nach den ersten Monaten im EFD steht schon die Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer an – ein Projekt zur Steuerharmonisierung. Hätten Sie sich nicht ein anderes Thema gewünscht, das mehr dem Geist der FDP entspricht?

Dass Mindeststeuern kein urliberales Rezept sind, ist offensichtlich. Für unser Land stellen sich aber wichtige Fragen: Wie schaffen wir Stabilität in einem schwierigen internationalen Umfeld? Wollen wir Steuereinnahmen in der Schweiz sichern? Oder wollen wir zusehen, wie sie im Ausland abgeschöpft werden? In diesem Sinne ist das Ja zur Vorlage an der FDP-Delegiertenversammlung vom Januar besonders erfreulich. In einem Umfeld voller Unwägbarkeiten brauchen wir Stabilität, Rechtssicherheit und Glaubwürdigkeit.

Carmen Walker Späh feiert mit Blumen und freisinnigen Mitstreitern die Wiederwahl in den Zürcher Regierungsrat.

Der Baselbieter FDP-Präsident Ferdinand Pulver beglückwünscht Monica Gschwind zu ihrer Wiederwahl in den Regierungsrat des Kantons Baselland.



Erfolgreicher Jahresauftakt

Die FDP legt in Zürich und Baselland zu

Die FDP setzt ihren Aufwärtstrend bei den kantonalen Wahlen in Zürich und Baselland fort. Die Präsidenten Hans-Jakob Boesch (ZH) und Ferdinand Pulver (BL) blicken auf einen intensiven Wahlkampf zurück und erläutern, wie sie den Erfolg bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober wiederholen wollen.

Das Super-Wahljahr 2023 hat aussergewöhnlich früh begonnen. Bereits am 12. Februar wurde die Bevölkerung in den Kantonen Zürich und Baselland an die Urne gerufen, um Regierung und Parlament neu zu besetzen. Für die Parteien und Kandidierenden bedeutete dies einen kurzen, aber intensiven Wahlkampf bei tiefen Temperaturen. Für die Freisinnigen in Zürich und Baselland waren dies immerhin gute Voraussetzungen, das liberale Feuer lodern zu lassen.

Im Kanton Zürich gewann die FDP 0,2 Prozent hinzu und verteidigte die bestehenden 29 Sitze im Kantonsrat. Regierungsrätin Carmen Walker Späh wurde problemlos wiedergewählt, Peter Grünenfelder hingegen gelang es nicht, die Phalanx der Bisherigen zu knacken. Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Zürich, zeigt sich mit dem Wahlausgang grundsätzlich zufrieden: «Wir konnten unseren Wähleranteil bei höherer Wahlbeteiligung steigern. Das zeigt, dass die Mobilisierung gelungen ist.» So konnte die FDP in absoluten Zahlen klar mehr Wählerinnen und Wähler erreichen als vor vier Jahren (plus 2709 bzw. plus 5,7 Prozent) und hat heute mit 50456 Wählerinnen und Wählern sogar den Stand von 2015 übertroffen (49655). Allerdings konnte die FDP nicht in allen Wahlkreisen zulegen, sondern hat teilweise auch Wählerin-

nen und Wähler verloren. Und die SVP und die SP haben klar besser mobilisiert, als dies die Umfragen vorhergesagt haben, während die neue Protestpartei «Aufrecht/Freie Liste» aus dem Stand 2,15 Prozent Wähleranteil erreichte. «Diese Punkte werden wir im Vorstand und mit den Bezirksparteipräsidien noch genauer anschauen und analysieren, was wir besser machen können und was wir von den anderen lernen können. Ziel ist es, die Mobilisierung weiter zu verbessern und noch mehr Leute davon zu überzeugen, FDP zu wählen.»

Volkspartei FDP

Auffallend an den Kantonsratswahlen war, dass die Polparteien SP und SVP hauptsächlich in den Städten (die SP) und auf dem Land (die SVP) gewonnen haben und im gegensätzlichen Raum verloren haben. «Das macht mir aus staatspolitischer Sicht Sorge», sagt Boesch. Die FDP sei mittlerweile die einzige grössere Partei, die gleichmässig im Kanton vertreten ist. Auch im Kantonsrat präsentiert sich nach den Wahlen eine klare Trennlinie. Die Linke hat eine Mehrheit von nur gerade einer Stimme, was viel Unberechenbarkeit verspricht. «Wir werden der Linke genau auf die Finger schauen. Wenn sie überbordert, sind Referendumsabstimmungen garantiert», kündigt Boesch an.

Zuwachs in Baselland

Auch im Baselbiet lässt sich bilanzieren: Der Einsatz hat sich gelohnt. Im Kanton Baselland legte die FDP um 1 Prozent zu und bleibt souverän drittstärkste Partei im Landrat. Regierungsrätin Monica Gschwind schaffte ungefährdet die Wiederwahl. Ferdinand Pulver, Präsident der FDP Baselland, zieht daher ein positives Fazit: «Es ist natürlich schade, dass uns kein Sitzgewinn gelungen ist. Vor vier Jahren hatten wir etwas Proporz-Glück und jetzt konnten wir die 17 Sitze problemlos bestätigen. Das zeigt, dass die Richtung stimmt.» Pulver war es ein grosses Anliegen, dass die FDP persönlich wahrgenommen werde. Ein Wahlkampf nur mittels Social Media und Briefen sei zu wenig. Folglich markierten die Baselbieter Freisinnigen in den Dörfern, Agglomerationen und Kleinstädten des Kantons Präsenz und kämpften um die Gunst der Bevölkerung. «Es braucht Ausdauer, bei tiefen Temperaturen auszuharren und den Kontakt zu den Leuten zu suchen. Doch unsere Kandidierenden und die vielen Helfer haben das toll gemacht», lobt Pulver.

Auch die Wirksamkeit des Engagements war deutlich zu erkennen. In jenen Wahlkreisen, in denen die Ortsparteien einen besonders grossen Effort leisteten, gewann auch die FDP. Für Pulver ist das ein guter Indikator im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober: «Das zeigt, dass wir noch ungenutztes Potenzial haben, das wir mobilisieren wollen.»

Marco Wölfli



Sicherheit geht uns alle an

Vorstellung der Service-Citoyen-Initiative

Ende April 2022 wurde die Unterschriftensammlung der Initiative für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative) lanciert. Im Initiativkomitee engagieren sich unter anderem die FDP-Fraktionsmitglieder Nationalrätin Maja Riniker, Nationalrat Rocco Cattaneo und Ständerätin Johanna Gapany. Hier geben sie einen Überblick über die Initiative.

Aktuelle Zahlen zeigen, dass gerade nur ein Drittel aller Jugendlichen (Männer und Frauen zusammengefasst) Militärdienst, Zivildienst oder Zivilschutz leistet. Die Schlussfolgerung, dass zwei Drittel nichts für ihr Land tun, liegt nahe, stimmt aber nicht. Die Schweiz basiert auf dem Milizgedanken, und diejenigen, die keinen Militärdienst leisten, engagieren sich in anderen Bereichen wie zum Beispiel in der freiwilligen Feuerwehr oder der Lokalpolitik – zumindest in der Theorie. Tatsächlich fehlt aber vielen die Möglichkeit, sich bewusst für unsere Gemeinschaft einsetzen zu dürfen. Genau da setzt die Service-Citoyen-Initiative an. Sie will das Milizengagement zum Teil der Grundausbildung für alle machen.

Neue Herausforderungen und traditionelle Risiken

Bisher wurden Reformen der Wehrpflicht nur mit Fokus auf die Armee diskutiert. Dabei ist es wichtig, dass die künftigen Sicherheitsbedürfnisse ins Zentrum rücken. Der Krieg in der Ukraine zeigt leider, dass es traditionelle Methoden weiterhin braucht und die Existenz eines Volkes davon abhängen kann, ob es sich mobilisieren und verteidigen kann. Aber ebenso bedrohlich sind Klimawandel, Pandemien und Polarisierung. Das geht uns alle was an. Mit der Service-Citoyen-Initiative geht die

Schweiz von einer rein männlichen, militärischen Dienstpflicht zu einem bürgerschaftlichen Engagement für alle über. Sie konkretisiert die Gleichstellung in der Praxis, schützt und stärkt unser Land, weil sie auf das Potenzial aller setzt.

Service-Citoyen-Initiative

Die Service-Citoyen-Initiative fordert, dass jede und jeder einmal im Leben einen Einsatz zugunsten von Gesellschaft und Umwelt leistet – sei es Militärdienst, Zivildienst, Zivilschutz oder ein anderes Milizengagement. Die Initiative wird von verschiedenen FDP-Exponenten und FDP-Sektionen unterstützt. Wenn die Initiative zustande kommt, wird die FDP Schweiz eine Parole fassen. Das Initiativkomitee hat bis am 25. Oktober 2023 Zeit, um 100 000 gültige Unterschriften zu sammeln.

Mehr Informationen:



Meinungen und Voten der Initianten von der FDP:



Seit fast drei Jahren löst eine Krise die nächste Krise ab. Wir erleben eine grosse Solidarität untereinander, aber auch von den Personen, die uns unterstützen, wenn wir Hilfe benötigen. Es sollte für jede Person in unserem Land eine Selbstverständlichkeit sein, sich für die Gesellschaft zu engagieren und dort zu helfen, wo die Bevölkerung Bedarf hat.

Maja Riniker, Nationalrätin AG



Unter der Kuppel des Bundeshauses steht: «Einer für alle, alle für einen». Dieses Motto prägt unsere Kultur und unser Handeln seit der Gründung des Bundesstaates. Dazu gehört auch der Milizgedanke, der unsere Gesellschaft verbindet. Frauen und Männer in einem Bürgerdienst für Sicherheit und Freiheit – darum geht es bei dieser Initiative.

Rocco Cattaneo, Nationalrat TI



Zahlreiche Menschen engagieren sich in unserem Land, der lebendige Milizgedanke ist eine Stärke der Schweiz. Individuelles Engagement ist selbstverständlich wichtig, aber manchmal braucht es auch gemeinsame Anstrengungen, um die Herausforderungen eines Landes zu bewältigen. Ich sehe den Bürgerdienst auch als Chance, wenn es darum geht, die Militärdienstpflicht auf Frauen auszuweiten. Die Armee braucht Mittel und Unterstützung, um diesen Wandel zu vollziehen.

Johanna Gapany, Ständerätin FR

Diese Voten sollen zeigen, dass die Service-Citoyen-Initiative mehr ist als eine blosse Reform: Sie ist ein Versprechen an künftige Generationen. Und sie ist die Garantie, dass die Bürgerpflicht künftig nicht nur von einem Drittel der Bevölkerung, sondern von einer grossen Mehrheit mit Stolz wahrgenommen wird.

Johanna Gapany, Ständerätin FR
Maja Riniker, Nationalrätin AG
Rocco Cattaneo, Nationalrat TI



Lösungen statt Populismus

Ausblick auf die Frühlingssession

Altersvorsorge, Waffenexporte und Energie stehen im Zentrum der Frühlingssession. Die FDP will mit liberalen Lösungen punkten und hat mit Gegenwind von unerwarteter Seite zu kämpfen.

Es liegen grosse Herausforderungen vor uns. Für die Schweiz gilt das in vielerlei Hinsicht für die Altersvorsorge, die – wenn es so weitergeht – auf eine Wand zufährt. Die Menschen werden immer älter, doch die Parameter der Renten werden nicht oder nur sehr schleppend an die neuen Realitäten angepasst. Umso wichtiger ist, dass die FDP hier Gegensteuer gibt. Voraus gehen die Jungfreisinnigen, die eine Volksinitiative eingereicht haben, um das Rentenalter der AHV an die Lebenserwartung anzugleichen. Der Ständerat wird sich in den kommenden Wochen zum ersten Mal mit der Renteninitiative beschäftigen.

Das Parlament hat nicht nur die erste Säule auf dem Stundenplan. So geht die Reform der beruflichen Vorsorge in die entscheidende Runde. Auch die zweite Säule gilt es, aus der Schieflage zu befreien und langfristig zu sichern. Das wichtigste Mittel dafür ist die Senkung des Umwandlungssatzes. Denn im Obligatorium der beruflichen Vorsorge ist das gesetzliche Minimum der Jahresrente mit 6,8 Prozent des Kapitals viel zu hoch. Pro 100'000 Franken Kapital muss damit die Rente mindestens 6800 Franken im Jahr betragen. Die Menschen werden aber immer älter und die Zinsen sind in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesunken. Resultat:

eine jährliche Umverteilung von rund 5 Milliarden Franken der arbeitenden Bevölkerung zu den Rentenbezüglern. Ebenfalls muss es dem Parlament gelingen, den Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle zu senken, damit Teilzeitarbeitende und Geringverdienende mehr Kapital ansparen, um künftig höhere Renten zu beziehen.

Diese Fakten müssten eigentlich auch die politischen Gegner sehen. Doch statt Hand für einen Kompromiss zu bieten, führen sich SP und Gewerkschaften wie Kindergartenkinder auf und stellen Forderungen, die den Kern der zweiten Säule – das Sparen für sich selber – auszuhöhlen drohen. Schlimmer noch: Die Linke versucht, statt die Finanzierung der Renten zu sichern, weitere systemfremde Umverteilungen einzubauen.

Viel Aufwand, wenig Wirkung

Hand für solche Spiele bietet auch die Mitte. Die ehemalige CVP wird auch in der Frühlingssession Anschauungsunterricht für Populismus mit Linksdrall liefern. So will die Mitte zusammen mit SP und Grünen einen Teuerungsausgleich für die AHV-Rentner durchboxen. Dabei gibt es dafür einen Mechanismus, der die Renten automatisch an die Inflation und die Lohnentwick-

«Die Reform der beruflichen Vorsorge geht in die entscheidende Runde.»

lung anpasst. Die Bilanz der Feuerwehrrüfung: 20 Rappen mehr am Tag für AHV-Rentner und eine salzige Rechnung von 350 Millionen Franken für uns alle. Die FDP ist für solche Spielchen nicht zu haben und wird versuchen, diesem Unsinn ein Ende zu bereiten – allenfalls unter Mithilfe von einigen vernünftigen Kantonsvertretern der Mitte.

Doch nicht nur die Zukunft der Renten gilt es zu sichern. Im Nationalrat wird der sogenannte Mantelerlass beraten. Diese Gesetzesvorlage soll nichts weniger als die Zukunft der Schweizer Stromversorgung in den kommenden Jahren sichern. Wie wichtig das ist, hat nicht zuletzt der vergangene Herbst gezeigt, wo es alles andere als sicher war, dass die Schweiz für den ganzen Winter genug Strom hat. Die FDP will hier Gegensteuer geben und die Weichen richtig stellen.

Ein weiteres wichtiges Puzzleteil im Mantelerlass ist die Ausgestaltung des Marktes. Die Grundversorgung führt zu grossen Verzerrungen und riesigen Unterschieden in den Strompreisen. Dieses Problem will die FDP lösen und den Strommarkt öffnen. Eine solche Liberalisierung wäre auch ein wichtiger Schritt, um endlich mit der EU ein Stromabkommen abzuschliessen.

Dass die FDP Brücken bauen kann, wird sich wohl ebenfalls bei den Waffenexporten zeigen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats hat basierend auf der Motion von Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart eine Kommissionsinitiative verabschiedet. Sie fordert die Beschränkung der Nichtwiederausfuhrerklärung bei Waffenexporten an Demokratien mit vergleichbarem Exportkontrollregime auf fünf Jahre. Dies gibt dieser wichtigen Vorlage im Ständerat Rückenwind.

Christian Steiner, Fraktionssekretär



Vier Kantone – hunderte motivierte Freisinnige

Ausblick auf die Wahlen in Appenzell Ausserrhoden, Genf, Luzern und Tessin

Der intensive Wahl-Frühling ist in vollem Gang. In Appenzell Ausserrhoden, Genf und Tessin tritt die FDP aus einer Position der Stärke an. In Luzern wollen die Freisinnigen die zweitstärkste Partei werden.

Nach den kantonalen Wahlen in Zürich und Basel-Stadt (Seite 15) setzt sich die intensive Wahlphase in gleich vier Kantonen und drei Sprachregionen fort. In den nächsten Wochen ist die Stimmbevölkerung in Appenzell Ausserrhoden, Genf, Luzern und Tessin aufgefordert, ihr Kantonsparlament und ihre Kantonsregierung neu zu wählen. Die FDP hat in allen vier Kantonen eine starke Position und verfügt über eine gute Ausgangslage, diese zu halten oder sogar auszubauen.



Weg frei für eine neue Regierungsrätin

In Appenzell Ausserrhoden war die FDP während Jahrzehnten die dominante Kraft und ist heute immer noch stärkste Partei. Bei den Regierungsratswahlen tritt die FDP mit dem Bisherigen, dem

amtierenden Landammann Dölf Biasotto, sowie Kantonsrätin Katrin Alder an. Sie soll den Sitz des zurückgetretenen Paul Signer verteidigen. Da keine Gegenkandidaturen vorliegen, dürfte ihr dies auch gelingen. Parteipräsidentin Monika Gessler ist überzeugt: «Katrin Alder ist ein Glücksfall für unsere Kantonalpartei. Durch ihre grosse politische Erfahrung im Kantonsrat und gemeinnützigen Organisationen, durch ihr Netzwerk und ihren beruflichen Hintergrund ist sie eine Idealbesetzung für den Regierungsrat. Sie denkt strategisch, politisch, betriebswirtschaftlich und hat ein Gespür für regionale Unterschiede.»

Im Kantonsrat möchte die FDP ihre 23 Sitze verteidigen. Weil die Parlamentswahlen ausser im Hauptort Herisau Majorzwahlen in den Gemeinden sind, stehen die Kandidierenden noch mehr mit ihrer Persönlichkeit und ihrem Netzwerk im Fokus. «Als Kantonalpartei unterstützen wir die Ortsparteien bei der Kommunikation, Administration und bei Aktivitäten», erklärt Gessler. Eine weitere Besonderheit der Ausserrhoder Politik ist die grosse Anzahl Parteionabhängiger im Kantons-

rat. Die FDP pflege einen konstruktiven Dialog mit den Parteionabhängigen, sagt Parteipräsidentin Gessler. Eine Herausforderung sei zuweilen das nicht vorhersehbare Abstimmungsverhalten aufgrund des grossen Meinungsspektrums. In der abgelaufenen Legislatur konnte die FDP wichtige Akzente setzen, so zum Beispiel beim kantonalen Energiegesetz oder der Diskussion über die künftigen Gemeindestrukturen. Diese tragende Rolle will die FDP in Appenzell Ausserrhoden auch in der nächsten Legislatur bekleiden. Monika Gessler hat insbesondere gute wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie Investitionen in die Zukunft des Kantons im Blick: «Die FDP Appenzell Ausserrhoden will weiterhin progressive Schwerpunkte in der Energiepolitik setzen, gerade im Hinblick auf die Chancen für die Wirtschaft.»



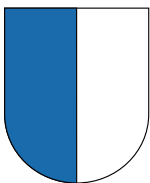
Genfer Alleingang

Auch 358 Autobahnkilometer südwestlich ist die FDP stärkste Kraft im Kanton und will diese Posi-

«Die FDP hat in allen vier Kantonen eine starke Position und verfügt über eine gute Ausgangslage, diese zu halten oder sogar auszubauen.»

tion selbstredend verteidigen. «Auch wenn sich die Umstände seit 2018 verändert haben, wollen wir stärkste Partei bleiben. Die FDP hat eine solide Bilanz, ein starkes Programm und gute Kandidierende», sagt Bertrand Reich, Präsident der FDP Genf. Allerdings stehen die Genfer Freisinnigen vor einer kniffligen Aufgabe, da sie ohne Bündnispartner antreten. Bertrand Reich gibt sich dennoch zuversichtlich: «Wir haben stets Vorschläge für ein breites Bündnis gemacht. Weil es mit der Mitte keine Einigung gab, treten wir nun alleine, frei und motiviert an.» Neben der bisherigen FDP-Regierungsrätin Nathalie Fontanet will Anne Hiltbold einen zweiten FDP-Sitz erringen und dafür sorgen, dass die Genfer Regierung wieder eine bürgerliche Mehrheit erhält.

Im aktuellen Wahlkampf setzt die FDP Genf auf eine flächendeckende Präsenz ihrer Kandidierenden. Werbung auf Social Media, im öffentlichen Raum, in den Medien und persönliche Auftritte an Standaktionen und anderen Veranstaltungen. Die Botschaft dabei ist klar: Mehr Freiheit, tiefere Steuern und ein funktionierender Kanton Genf. Zudem gelte es, die Erfolge der letzten Legislatur fortzusetzen, sagt Reich. Dazu zählen verschiedene FDP-Gesetzesvorlagen, die fast einstimmig verabschiedet wurden, wie zum Beispiel die erleichterte Installation von Solaranlagen. Auch die Senkung der Vermögenssteuer fand auf Bestreben der FDP eine Mehrheit. Nach hoffentlich erfolgreichen kantonalen Wahlen will Reich den Blick auf die nationalen Wahlen richten: «Unser Wahlkampf startet bereits im Juli und das Ziel ist klar: ein Sitzgewinn von zwei auf drei im Nationalrat und einen Ständeratssitz erobern.»

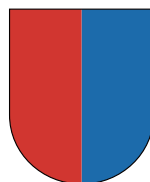


Liberales Comeback in Luzern

Der Kanton Luzern erlebte vor vier Jahren einen veritablen Linksrutsch. SP, Grüne und GLP gewannen zusammen 14 Sitze und bescherten den Bürgerlichen eine herbe Niederlage. Die FDP Luzern setzt nun alles daran, diese Scharte auszuwetzen und Parteipräsidentin Jacqueline Theiler zeigt sich zuversichtlich: «Wir treten mit starken, vielseitigen Listen an und freuen uns über die Zahl der Kandidierenden – mit 109 sind es so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr! Nur eine Korrektur reicht nicht. Es braucht eine starke liberale Kraft im Parlament, die sich sowohl für eine liberale Wirtschafts- wie auch Gesellschaftspolitik einsetzt und für den Fortschritt einsteht. Werte wie Freiheit und Eigenverantwortung sind nicht einfach gegeben. Es gilt, sie tagtäglich gegen Bevormundungs- und Ab-

schottungspolitik zu verteidigen.» In Zahlen ausgedrückt, heisst dies, die drei verlorenen Sitze von 2019 zurückzugewinnen und zweitstärkste Kraft im Kantonsrat zu werden. Im Regierungsrat strebt der Bisherige Fabian Peter seine Wiederwahl an.

Im Wahlkampf setzt die FDP Luzern auf ein breites Netzwerk von Unterstützerinnen und Unterstützern, wie Theiler sagt: «Wir konnten viele Liberale, keine Kandidierende oder Mandatsträger, finden, die bereit sind, für die FDP hinzustehen und Farbe zu bekennen. Mit unserer Kampagne zeigen wir, dass die FDP Luzern eine konstruktive vorwärts gerichtete Kraft ist, die unseren schönen Kanton mitgestalten will.» In der abgelaufenen Legislatur hat sich die FDP insbesondere für eine wirksame Energiepolitik eingesetzt. Förderung von erneuerbaren Energien durch finanzielle Anreize, vereinfachte Bewilligungsverfahren und Offenheit gegenüber neuen Technologien waren die freisinnigen Schwerpunkte für eine sichere Energieversorgung. Dabei gilt es stets, auch die guten Rahmenbedingungen für Firmen im Auge zu behalten, mahnt Theiler: «Wir müssen Sorge tragen, dass unsere Unternehmen innovativ bleiben können, was wir mit der geplanten Steuergesetzrevision angehen wollen. Diese beinhaltet im Übrigen nicht nur Abzüge für Forschung und Entwicklung, sondern auch höhere Abzüge für Fremdbetreuung. Denn Arbeit soll sich für alle lohnen. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dem Fachkräftemangel zu begegnen und für mehr Chancengleichheit zu sorgen.»



FDP Tessin hat noch nicht genug

Das Thema Energie beschäftigt auch die Politik im Tessin und die FDP setzt sich hierbei für liberale Lösungen ein. Daneben bearbeitet die FDP Tessin Themen wie die Zukunft der Volksschule, den Arbeitsmarkt, die kantonalen Finanzen und kämpft gegen die wachsende Bürokratie. Das Tessin gehört erfreulicherweise auch zu jenen Kantonen, in denen die FDP stärkste Kraft ist. Genügsamkeit ist darob bei Parteipräsident Alessandro Spezioli kei-

nesfalls zu spüren: «Freisinnige wollen sich stets verbessern. Das heisst, wir wollen im Grossen Rat mindestens einen Sitz zulegen und bei den Staatsratswahlen, die im Proporz gewählt werden, mehr Stimmen holen als vor vier Jahren.» Obwohl die FDP im kantonalen Parlament die grösste Fraktion stellt, muss sie sich stets um Mehrheiten bemühen. Da die Parteienlandschaft stark fragmentiert ist, sind die Freisinnigen auf Allianzen angewiesen, die aber oft wechseln.



Alessandro Spezioli, Präsident FDP Tessin.

Für Parteipräsident Spezioli ist klar, dass der Erfolg der Tessiner FDP nicht nur auf der Arbeit im Parlament basiert, sondern hauptsächlich an der Basis erarbeitet werden muss: «Wir haben über 90 Ortsparteien, die informiert, besucht und motiviert werden müssen. Dazu führe ich viele Gespräche mit Verbänden, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern. Man darf sich auch als grosse Partei nie zurücklehnen, es braucht ständiges Engagement.» Der kantonale Wahlkampf ist im Tessin traditionell intensiv und generiert viel Aufmerksamkeit. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen ist die Stimmbeteiligung bei den kantonalen Wahlen höher als bei den nationalen Wahlen. Die Entscheide, die die Tessinerinnen und Tessiner in den nächsten Wochen treffen, haben also grosse Signalwirkung im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober.

Marco Wölfli

FDP

Die Liberalen



Wir machen die Schweiz stark!

Gemeinsam mit allen, die
jeden Tag ihr Bestes geben.



www.fdp.ch/spenden

JETZT
spenden!

Ende Januar hat die Schweiz 390 Paletten mit Winterausrüstung für die Ukraine geliefert. Foto: VBS



Für Sicherheit und Verlässlichkeit

Ein Jahr Ukrainekrieg offenbart Herausforderungen für die Schweiz

Seit einem Jahr herrscht wieder Krieg in Europa. Dadurch hat sich die Sicherheitslage markant verändert und die Schweiz ist vor neue Herausforderungen gestellt. Für die FDP ist klar, dass die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine uns länger beschäftigen und wir Prioritäten korrigieren müssen. Eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit der Armee sowie eine Stärkung der Energieversorgung sind unabdingbar. Hierbei übernimmt die FDP Verantwortung und bietet konstruktive Lösungen.

Heute vor einem Jahr hat sich die Sicherheitslage in Europa fundamental verändert. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Seither wurden wir Zeugen von erschütternden Geschehnissen, aber auch von der mutigen Verteidigung durch die ukrainischen Streitkräfte. Unsere Solidarität mit der Ukraine ist ungebrochen.

Die brutale Invasion wirkt sich auch auf die Schweiz aus. Uns wurde schonungslos vor Augen geführt, welche Bedeutung eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine zuverlässige Energieversorgung haben. Mit der Resolution «Weniger Polemik, mehr Strom» hat sich die FDP bereits vor Kriegsausbruch mit den Massnahmen für eine sichere Stromversorgung auseinandergesetzt. Die letzten Monate haben gezeigt, dass eine Stärkung der Energieversorgung unumgänglich ist, gerade auch im Hinblick auf den nächsten Winter. Die FDP bleibt hier am Ball.

Der Krieg in der Ukraine zwingt uns, auch die Schweizer Sicherheitspolitik neu zu denken. Die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee muss dringend verbessert werden. Mit der Studie «Ukraine – ein Weckruf für die Sicherheitspolitik» hat die FDP im September eine ausführliche Analyse präsentiert, die aufzeigt, wo die Hebel anzusetzen sind. Die Erhöhung der Mittel für die Armee sowie eine engere Kooperation mit der Nato sind notwendige Massnahmen, damit die Schweiz ihren Beitrag für die Sicherheit Europas leistet. Die Erhöhung des Armeebudgets auf ein Prozent des BIP wurde dank der FDP schon umgesetzt. Zudem wird in der kommenden Session die FDP mit einem Vorstoss die Kooperation der Schweiz mit der Nato in Angriff nehmen.

Unterstützung der Ukraine fortsetzen

Leider ist momentan kein rasches Ende dieses Krieges in Sicht. Für die FDP ist daher klar,

dass wir die Unterstützung der Ukraine fortsetzen müssen. Dazu gehört weiterhin die humanitäre Hilfe für die Ukraine vor Ort, aber auch die Unterstützung für die ukrainischen Flüchtlinge hierzulande.

Der Krieg gegen die Ukraine zeigt, dass Sicherheit und Freiheit, aber auch Stabilität und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind. Dessen müssen wir uns auch hier bewusst sein. Angesichts der grossen Aufgaben setzt sich die FDP umso mehr für Sicherheit und eine zuverlässige Energieversorgung ein. Wir Freisinnige sind gewillt, diesen Herausforderungen mit Mut, Zuversicht und Verlässlichkeit zu begegnen – für eine starke Schweiz.

Videobotschaft von Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart.



Postulat

Ständerat Josef Dittli (UR) hat zu Beginn der Frühlingssession ein Postulat eingereicht, um die Umsetzung einer verstärkten Nato-Kooperation im Verteidigungsbereich voranzutreiben. Er fordert den Bundesrat auf, in einem Bericht darzulegen, wie eine Kooperation mit der Nato erreicht werden kann. Folgende Fragen sollen im Bericht des Bundesrats beantwortet werden:

- Wie kann das Maximum an Verteidigungskooperation unter Beibehaltung des Neutralitätsrechtes und ohne Bündnisbeitritt erreicht werden?
- Welche Mehrwerte kann die Schweiz in eine solche Kooperation einbringen?
- Was sind die möglichen Forderungen und Erwartungen der Nato gegenüber der Schweiz?
- Welche militärischen Fähigkeiten und anderweitigen Kosten und Ressourcen würden für die verschiedenen Projektteilnahmen benötigt?
- Wo besteht allfälliger Handlungsbedarf des Gesetzgebers?



Von der Kapo in die Kantonsregierung

Damian Meiers Rückkehr in die Politik

Seit Jahresbeginn gehört Damian Meier dem Schwyzer Regierungsrat an. Für den bisherigen Kommandanten der Kantonspolizei ist es auch eine Art Rückkehr in die Politik. Bereits als 21-Jähriger politisierte er für die FDP im Luzerner Kantonsrat.

Nicht nur der Bundesrat, sondern auch der Schwyzer Regierungsrat hat seit Jahresbeginn zwei neue Mitglieder. Neben Xaver Schuler (SVP) trat auch der Freisinnige Damian Meier sein Amt an. Er beerbte Kaspar Michel, der nach zwölf Jahren in der Kantonsregierung zurückgetreten ist. Hinter Meier liegen intensive Monate. Im vergangenen Juni wurde er von der FDP Schwyz als Kandidat nominiert, und erst sechs Monate später wurde er im zweiten Wahlgang von den Schwyzerinnen und Schwyzern zum neuen Regierungsrat gewählt. «Es war eine intensive Zeit», sagt Meier. «Insbesondere nach dem ersten Wahlgang war ich jedes Wochenende und an vielen Abenden im Einsatz. Ich war froh, als es geschafft war, und dankbar, dass ich auf die Unterstützung meiner Familie zählen durfte.»

Bewusster Verzicht auf Sicherheitsdepartement

Sein Engagement im Wahlkampf absolvierte er neben seiner Arbeit als Kommandant der Kantonspolizei Schwyz, die er seit über acht Jahren führt. Dieses Amt lag ihm besonders am Herzen und hat ihn stets herausgefordert, da er nie wusste, was ihn am Morgen erwartete. «Die Polizeiwelt wird mir fehlen, aber die Nacht- und die Pikettdienste vermisse ich sicher etwas weniger», erzählt Meier. Obwohl er seit 15 Jahren für die Polizei tätig war, übernahm Meier nicht das Sicherheitsdepartement, sondern das Innendepartement. Eine bewusste Entscheidung des neu gewählten Regierungsrats: «Ich wollte nicht Vorgesetzter meines Nachfolgers werden, da bestand die Gefahr, dass ich zu stark ins operative Geschäft involviert worden wäre. Zudem ist ein thematischer Wechsel

sinnvoll und ermöglicht neue Perspektiven.» Mit dem Departement des Innern verantwortet Meier unter anderem das Sozialwesen und ist auch zuständig für die Schwyzer Spitäler, die allerdings selbstständig sind. Er wolle sich zuerst einen Überblick verschaffen und die Mitarbeitenden kennen lernen, so Meier.

Mehr FDP für die Schweiz

Dass sich der neue Regierungsrat in Zukunft mit Gesundheitspolitik befasst, ist für ihn nichts komplett Neues. Zwischen 1995 und 2008 sass Meier im Kantonsrat Luzern und bearbeitete unter anderem Gesundheitsthemen, zu welchen er als Sohn eines Chefarztes einen besonderen Bezug hatte. Mit der Wahl in den Regierungsrat erfolgt für Meier gewissermassen die Rückkehr in die Politik, die ihn schon in der Jugend prägte. Aufgewachsen in einer CVP-Familie, trat er bereits mit 14 Jahren der FDP bei. Seine Verbundenheit zum Freisinn ist dementsprechend stark: «Die FDP ist für mich mehr als eine Partei. Sie garantiert die Freiheit des Individuums, der Unternehmen und des Gewerbes. Das sind wichtige Werte, und ich bin überzeugt, dass der Schweiz mehr FDP guttun würde.» Auch den Kanton Schwyz sieht Meier in einer gewissen Vorbildfunktion für andere Kantone. Schwyz sei ein Erfolgsmodell, an dem auch die FDP grossen Anteil habe. Die wirtschaftlichen und die persönlichen Freiheiten hätten einen grossen Stellenwert, was zur heutigen starken Position des Kantons geführt habe.

Wider dem Klischee

Als jemand, der noch nicht sein ganzes Leben in Schwyz verbracht habe, sei sein Blick auf den Kanton ein anderer, meint Meier: «Den Schwyzerinnen und Schwyzern scheint manchmal gar nicht bewusst zu sein, dass sie hier in einem kleinen Paradies leben.» Auch das Klischee, dass die Bevölkerung Schwyz wenig offen sei, erachtet Meier als falsch: «Dass sie jemanden, der erst seit neun Jahren im Kanton lebt, in die Regierung gewählt haben, bezeugt die Offenheit der Schwyzerinnen und Schwyzer.» Dieses Vertrauen der Bevölkerung will Meier nun als Regierungsrat nutzen, um die Stärken von Schwyz zu bewahren und den komplexen Herausforderungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik zu begegnen. Seine Ausdauer hat er schliesslich bereits im mehrmonatigen Wahlkampf unter Beweis gestellt.

Marco Wölfli

KOLUMNE

Die unbrauchbare Migrationspolitik der SVP

Pünktlich zum Wahljahr bringt die SVP die Zuwanderung auf die politische Agenda. Es stimmt: Die Schweiz verzeichnete – auch im internationalen Vergleich – in den letzten Jahren eine hohe Zuwanderung. Diese führte dazu, dass unsere Infrastruktur wie auch unsere Gesellschaft im Generellen vor einer Herausforderung steht. Der Handlungsbedarf ist unbestritten.

Nur, die SVP zielt stets auf das Personenfreizügigkeitsabkommen (PFZ) ab und ist dazu bereit, dieses zu kündigen. Damit nimmt sie fahrlässig in Kauf, dass wir den wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Anschluss an unsere Nachbarländer und die ganze EU verlieren. Der Scherbenhaufen der Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens wäre gross. Zu gross!

Das Herumhacken der SVP auf der PFZ ist auch deshalb falsch, weil 70 Prozent der Einwandererinnen und Einwanderer aus den EU/EFTA-Staaten einen Arbeitsvertrag haben. Anders ist dies bei der Migration aus Drittstaaten (Nicht-EU-Staaten), wo der Erwerbsanteil nur bei



24 Prozent liegt. Hier gilt es, den Grundsatz «hart, aber fair» umzusetzen, so wie er an der FDP-Delegiertenversammlung im Juni 2022 verabschiedet wurde.

Wer in die Schweiz kommt und aus eigener Kraft den Arbeitsalltag bewältigen kann, sei es durch Arbeitseinkommen oder Vermögen, erhält ein Aufenthaltsrecht. Ebenfalls wer einen Asyl- oder Schutzgrund geltend machen kann. Personen, die in die Schweiz kommen, um auf Kosten

der Allgemeinheit zu leben, müssen wir aber rückschaffen. Denn nur mit dem konsequenten Vollzug unserer Ausländer- und Asylgesetzgebung können wir die Migration aus Drittstaaten dämpfen.

Wir Freisinnigen sind auch der Meinung, dass die Migration aus der PFZ gedämpft werden kann, ohne das Vertragswerk und die bilateralen Verträge zu kündigen. Dies schaffen wir, indem wir das Rentenalter in der Schweiz erhöhen und die Individualbesteuerung einführen. Beide innenpolitischen Massnahmen führen zu einer Steigerung des Angebots an Arbeitskräften in der Schweiz. Dies wiederum verringert die Nachfrage der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften und reduziert damit die Migration.

Für uns Freisinnige ist klar: Die aktuell hohe Zuwanderungsrate ist nicht nachhaltig. Es gibt gute, freisinnige Rezepte, sie zu dämpfen. Ohne dass wir einen Scherbenhaufen anrichten.

Andri Silberschmidt

Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

FDP
Die Liberalen



Neue Produkte
im FDP-Shop



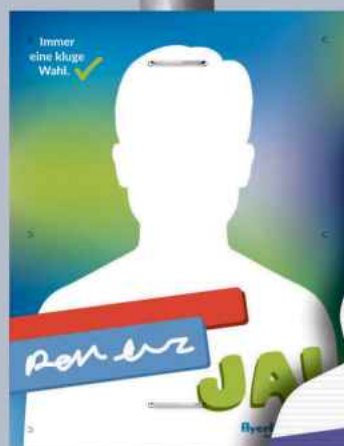
AUS DER SCHWEIZ. FÜR DIE SCHWEIZ. WAHLWERBUNG VON FLYERLINE.

- 100% klimaneutrale, Schweizer Produktion
- Schnelle Lieferzeiten (auch Expresslieferung)
- Mehrere Adressen pro Bestellung möglich
- Versandkostenfrei ab CHF 100
- Grafische Dienstleistungen

Papierplakate – in allen gängigen Formaten für Plakatstellen.



ECO-Outdoorplakate
Umweltschonend und nachhaltig.



Allwetterleichtplakat®
Freeform – in jeder Wunschform erhältlich.

Blachen / Banner
Robust und auffällig



Jetzt entdecken auf
flyerline.ch/wahlwerbung

printed in
switzerland

Alle Produkte
Klimaneutral
ClimatePartner

flyerline.ch
Mehr als eine Online-Druckerei